

F 57291

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz



1. Oktober 1949

Blatt 1135

Die Wahlsprengel

=====

In den letzten Tagen wurden von den Kartenstellen zugleich mit den Lebensmittelkarten für die 59. Kartenperiode Anschläge ausgefolgt, auf denen der Wahlsprengel angegeben ist, zu dem das Haus gehört. Auf diesem Anschlag ist auch das für die Wahlberechtigten des Hauses zuständige Wahllokal angegeben. Die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter werden gebeten, den Anschlag im Haus an einer allen Hausbewohnern zugänglichen und sichtbaren Stelle (Hausflur oder dgl.) sofort anzuheften und bis einschließlich 9. Oktober (Wahltag) angeheftet zu erhalten. Falls der Anschlag entfernt werden sollte, ist beim magistratischen Bezirksamt um die neuerliche Ausfertigung des Anschlages anzusuchen. Offenkundig fehlerhafte oder mangelhafte Ausfertigungen des Anschlages können beim magistratischen Bezirksamt berichtigt werden. Hauseigentümer (Stellvertreter), die den für ihr Haus bestimmten Anschlag, bzw. die Lebensmittelkarten noch nicht bei der Kartenstelle behoben haben, werden ersucht, dieses Versäumnis bis spätestens Dienstag, den 4. Oktober, nachzuholen. Die im Hause wohnenden Wahlberechtigten wollen säumige Hauseigentümer (Stellvertreter) an ihre Verpflichtung erinnern, allenfalls eine Anzeige beim magistratischen Bezirksamt erstatten.

Personenstands- und Betriebsaufnahme 1949

=====

Mit dem Stichtag 10. Oktober 1949 findet die Personenstands- und Betriebsaufnahme 1949 statt. Die Ausgabe der Drucksorten an die Grundstückseigentümer (Hausbesorger) erfolgt in den 2. Wiener

Gemeindebezirken für die Gassen mit den Anfangsbuchstaben A bis G Montag, dem 3. Oktober, H bis M Dienstag, dem 4. Oktober, N bis R Mittwoch, dem 5. Oktober, und S bis Z Donnerstag, dem 6. Oktober.

Ausgabestellen:

1. bis 3., 8., 10. bis 13. und 15. bis 21. Bezirk: die Magistratischen Bezirksämter; 4. und 5. Bezirk: 5., Schönbrunner Straße 54; 6. und 7. Bezirk: 6., Amerlingstraße 6; 9. Bezirk: 9., Währinger Straße 43, 1. Stock; 14., 23. und 25. Bezirk: die Magistratischen Bezirksämter und deren Amtsstellen; 22. Bezirk: für Aspern, Breitenlee, Ebling, Hirschstetten, Kagran, Kaisermühlen, Neukagran, Stadlau und Süßenbrunn: das Magistratische Bezirksamt; für die übrigen Orte: die Amtsstelle Groß-Enzersdorf, Elisabethstraße 46; 24. Bezirk: für Mödling: die Ausgabestelle Enzersdorfer Straße 6; für Maria Enzersdorf und Wiener Neudorf: die Ortsvorsteher; für die übrigen Orte: die Amtsstellen; 26. Bezirk: für Klosterneuburg: die Amtsstelle; für die übrigen Orte: die Ortsvorsteherung.

Ein neues Landesgesetzblatt

=====

Das 19. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" ist soeben erschienen. Es enthält 6 Durchführungsverordnungen zur Wiener Landarbeitsordnung. Das 51 Seiten starke Heft ist um 3 Schilling im Drucksortenverlag der städtischen Hauptkassa, 1., Neues Rathaus, und im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 3., Rennweg 12 a, erhältlich.

Der Wiederaufbau der städtischen Gärten vor der Vollendung

=====

Gross waren die Verwüstungen, die durch direkte und indirekte Kriegseinwirkungen in den städtischen Gartenanlagen angerichtet wurden. Zu den Bombenschäden kamen noch die Kriegseinbauten, wie Flaktürme, Löschwasserteiche, Luftschutzbunker und mehr als 100 Splittergräben, durch die eine grosse Zahl von Gartenanlagen vollkommen vernichtet wurde. Insgesamt wurden von den 861 städtischen Gartenanlagen weit mehr als 300 Gärten mit mehr als 3 Millionen Quadratmeter vollkommen zerstört, während in mehr als 200 weiteren Anlagen grosse Teile verwüstet waren.

Ungefähr die Hälfte aller Gartenflächen waren daher nach Kriegsende für das Publikum verloren.

Durch die Zerstörung und Besetzung eines grossen Teiles der vorhandenen Wohnungen ist, wie hinlänglich bekannt, die Wohnungsnot in Wien auf ein unerträgliches Mass gestiegen. Die oft unleidlichen Verhältnisse in den überbelegten Wohnungen brachten es mit sich, dass viele Menschen, wenn es die Witterung zulies, in die zerstörten Gärten mit ihren Bombentrichtern, den verbrannten Wiesen und Gehölzflächen flüchteten. Um nun den Wienern gepflegte Parkanlagen als Erholungs- und Aufenthaltsorte zu geben, war es das Gebot der Stunde, mit grösster Energie die Wiederherstellung der öffentlichen Gärten in Angriff zu nehmen. Dies sollte selbstverständlich kein Ausweg aus der Wohnungsnot sein, aber den Menschen wenigstens in Freien einen angenehmen Aufenthalt bieten und ^{den} Kindern gesicherte Spielplätze geben.

Trotz der schwierigen Finanzlage stellte die Gemeindeverwaltung für diesen Zweck bis Ende 1948 einen Betrag von rund 6,600.000 Schilling zur Verfügung. Dadurch war es möglich, 231 zerstörte Gartenanlagen mit einem Flächenausmass von 2,510.000 Quadratmeter wieder vollkommen herzustellen.

Noch waren aber 130 Gartenanlagen total und zirka 100 Gartenanlagen teilweise zerstört, da entschloss sich die Gemeindeverwaltung, in diesem Jahre den Betrag von 9,500.000 Schilling aufzuwenden, um das Gartenamt in die Lage zu versetzen, mit einer einmaligen, grossen Kraftanstrengung den Wiederaufbau der städtischen Gärten im wesentlichen zu vollenden.

141 Gartenanlagen mit einem Gesamtausmass von 894.654 Quadratmeter werden heuer instand gesetzt, beziehungsweise deren Wiederinstandsetzung begonnen werden. Die Fertigstellung von Grossgartenanlagen, wie Wasserpark, Laser Berg, Arenbergpark usw. bei welchen der Arbeitsbeginn aus technischen Gründen erst in diesen Tagen erfolgen kann, erfolgt im kommenden Frühjahr.

Schon jetzt wurden mehr als 70. Gartenanlagen fertigge-

stellt und dem Publikum zur Benützung übergeben. Darunter befinden sich nachstehende grössere Anlagen:

1. Bezirk: Rasenstreifen Ringstrasse; 2. Bezirk: Max Winter-Platz; 3. Bezirk: Weissgerber Lände, Erdberger Lände; 5. Bezirk: Bacherplatz; 10. Bezirk: Paltramplatz, Wielandplatz, Fuchsbaumplatz; 12. Bezirk: Haydn-Park, Wilhelmsdorfer Park; 14. Bezirk: Hadikpark; 15. Bezirk: Forschneritschpark; 16. Bezirk: Ludo Hartmann-Platz, Yppenplatz, Stöberplatz; 17. Bezirk: Pezzl-park, Diepoldplatz; 18. Bezirk: Maria Ebner-Eschenbach-Park; 19. Bezirk: Heiligenstädter Platz, Wertheinsteinpark; 20. Bezirk: Sachsenplatz; 21. Bezirk: Paul Hock-Park, Schüttauplatz.

Die Wiederherstellung der restlichen 71 Gärten wurde bereits begonnen oder wird demnächst in Angriff genommen werden. Darunter befinden sich folgende Gartenanlagen:

3. Bezirk: Arenbergpark; 9. Bezirk: Rossauer Lände; 15. Bezirk: Eberthof; 16. Bezirk: Mildeplatz; 19. Bezirk: Heiligenstädter Park, Donaustrandpromenade; 21. Bezirk: Wasserpark.

Ausserdem wurden 2 Grossgartenanlagen neu hergestellt, und zwar das Kinderparadies auf der Venediger Au und die Gartenanlage im 10. Bezirk, Kundratstrasse.

Ferner wurden 146 zerstörte Wohnhausgärten mit einem Kostenaufwand von 1,250.000 Schilling wieder instand gesetzt.

Instand gesetzt können heuer nur jene Wohnhausgärten werden, bei denen die Instandsetzung der Wohnhäuser selbst bereits durchgeführt wurde oder keine Bauschäden vorhanden waren. Wo noch bauliche Instandsetzungsarbeiten notwendig sind, muss noch zugewartet werden, um die neuhergestellten Gärten vor neuerlicher Beschädigung anlässlich der Durchführung der Bauarbeiten zu bewahren.

Leider konnte die Gemeindeverwaltung in einer Hinsicht den sehr berechtigten Wünschen der Bevölkerung nicht entsprechen. Es ist dies die dringend notwendige Vermehrung der Gartenbänke. Während der Kriegs- und Nachkriegszeit ging mehr als die Hälfte der Gartenbänke verloren. Die Gemeindeverwaltung bewilligte daher einen Betrag von 700.000 Schilling zum Ankauf von 2000 Gartenbänken. Leider konnte die Industrie, anfangs aus Mangel an geeigne-

tem Holz, später infolge Mangels an Eisen, bisher nur einen geringen Bruchteil der bereits im Frühjahr gemachten Bestellung liefern. Nun scheinen sich aber die Marktverhältnisse auch auf diesem Gebiete allmählich zu bessern, so dass es hoffentlich noch im Laufe dieses Jahres gelingen wird, den dringendsten Anforderungen zu entsprechen. Im kommenden Jahre wird es dann möglich sein, auch in den Alleen Banke aufzustellen.

Das städtische Gartenwesen ist der erste Verwaltungszweig der Gemeinde Wien, in dessen Bereich der Wiederaufbau in diesem Jahre in wesentlichen vollendet werden wird.

Das war möglich, weil beim Wiederaufbau von Gärten weniger Eisen, Holz und sonstige Mangelware als Baumaterial notwendig ist, und das war möglich, weil alle Beteiligten, vom jüngsten Arbeiter bis zum ältesten Beamten, mit wirklicher Begeisterung und unermüdlichem Arbeitseifer sich der schönen Aufgabe widmeten, die zerstörten Gartenanlagen, die sie meist selbst geschaffen hatten, zum Wohle der Mitbürger wiedererstehen zu lassen.

Zahllose Zuschriften beweisen, mit welcher freudiger Überraschung die Bevölkerung Wiens den raschen Wiederaufbau der städtischen Gärten begrüsst. Aber auch viele prominente Besucher aus dem Auslande haben mit unverhohlener Bewunderung die Leistung Wiens auf diesem Gebiete anerkannt. Tatsache ist, dass die ganze Stadt ein ganz anderes freudigeres Bild zeigt, seit die in aller Welt gerühmten städtischen Gärten Wiens in neuer Schönheit wieder grünen und blühen. Wieder ist der öffentliche Garten für die eng zusammengedrängte Bevölkerung zur Ergänzung ihrer Wohnung geworden und wieder findet dort alt und jung Erholung und Entspannung oder Gelegenheit zu Spiel und Sport.

Eröffnung der Schule in Leopoldau
=====

Heute vormittag wurde der erste Schulneubau nach dem Krieg, die Volksschule in der Nordrandsiedlung in Leopoldau, eröffnet. Wie sehr diese Schule einem dringenden Bedürfnis der dort wohnenden Bevölkerung entspricht, zeigte die Anteilnahme der Siedler an dem feierlichen Akt. Auf dem Spielplatz der Schule, die mit den Fahnen der Stadt Wien geschmückt war, hatten sich die Kinder aufgestellt. Zu der Eröffnungsfeier waren gekommen: Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Jonas, Dkfm. Nathschläger, Novy und Resch, der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Nationalrat Dr. Zechner, Magistratsdirektor Dr. Kritscha, Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker, Vertreter des Stadtschulrates und der Wiener Lehrerschaft, Nationalräte, Gemeinderäte und Bezirksvorsteher. Außerdem nahm auch eine Abordnung der Schweizer Lehrerschaft an der Feier teil.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsteher Theumer sprach Nationalrat Dr. Zechner. Er wies auf die Notlage hin, die auf dem Gebiet des Schulwesens nach dem Krieg eingetreten ist, betonte aber, daß kein Bezirk in Wien vergessen und dort wo es am dringendsten ist, eingegriffen wird. Man braucht die Gemeindeverwaltung und den Stadtschulrat nicht erinnern, denn sie wissen am besten, was notwendig ist. Aber nur ein Narr könnte glauben, daß das, was in den langen Jahren des Faschismus und des Krieges zerstört wurde, bis jetzt schon wieder hergestellt sein könnte und womöglich gleich schöner als früher. Die Gemeindeverwaltung steht vor vielen Aufgaben und das Schulwesen ist nur ein Teil davon.

Bürgermeister Dr.h.c. Körner gab einen Überblick über die Entwicklung des Schulwesens in Österreich und die Rückschläge, die es durch den Krieg erlitten hat. Er betonte, daß es Aufgabe der Stadtverwaltung ist, ein modernes Schulwesen in sozialer und pädagogischer Hinsicht durchzusetzen. Zum Schluß seiner Ausführungen dankte der Bürgermeister allen, die am Bau dieses Schulgebäudes beteiligt waren für ihre hervorragende und schnelle Arbeit und wünschte den Kindern, die hier ihr erstes Wissen erwerben

sollen, viel Glück und Erfolg.

Nach der Ansprache des Bürgermeisters dankten eine Schülerin und ein Schüler für den neuen Schulbau und überreichten dem Bürgermeister Blumensträuße. Im Anschluß an die Feier besichtigten die Festgäste die neue Schule.

x

Die Vertreter der Wiener Presse besichtigten den neuen Schulbau in Leopoldau schon am Freitag. Auf dem Rundgang durch den ebenerdigen Flachbau begleiteten sie Fachleute vom Wiener Stadtschulrat und dem Stadtbauamt.

Architekt Lauterbach, dem die Planverfassung des Baues anvertraut wurde, erläuterte die wichtigsten Grundsätze, die nach den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiet beachtet werden müssen. Landeschulinspektor Dr. Grässnigg entwickelte dann ein anschauliches Bild neuzeitlicher Schulkultur, die den Kindern mehr geben soll als nur die elementaren Kenntnisse der Volksschule von gestern. Die erste nach dem Kriege aufgebaute Schule in Wien unterscheidet sich in jeder Hinsicht von den gewohnten Typen eines Schulgebäudes. Sie hat außer den Klassen separierte Garderoben, einen Raum für den Arzt und die Mutterberatung, ein Brausebad, eine Milchausgabe und Bibliothek. Nach ihrem vollem Ausbau, der im nächsten Jahr erfolgen wird, kommt noch ein Turnsaal mit Spielplätzen, Plantschbecken und eine große Baumschule dazu. Die Schule ist einfach, aber allen Erfordernissen entsprechend ausgestattet. Sie soll dafür zeugen, daß der Lebenswille unserer Stadtverwaltung es vermag, auch mit bescheidenen Mitteln ihrer kulturellen Tradition gerecht zu werden.

In Rodaun 200 Wohnungen fertiggestellt

=====

Heute vormittag fand in der Siedlung Rodaun im Rahmen einer kleinen Feier die Übergabe der zweihundertsten Wohnung statt, die in dieser Siedlung fertiggestellt wurde. Das gesamte Bauvorhaben umfaßt 326 Wohnungen. Die 200. Wohnung bekam der Bierbrauer Franz Finke, der verheiratet ist und zwei Kinder hat. Er mußte bisher

mit seiner Familie in Atzgersdorf in einer Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnung mit sieben anderen Menschen hausen. Sein neues Heim besteht aus zwei Zimmern, Küche und den üblichen Nebenräumen.

Im Hof eines Baublockes der Siedlung, die zu diesem Anlaß festlichem Schmuck angelegt hatte, fanden sich ein: Bürgermeister Dr.h.c. Körner, Vizebürgermeister Honey, die Stadträte Afritsch, Dkfm. Nathschläger, Navy, Resch, Thaller, Magistratsdirektor Dr. Kritsch, Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker und die künftigen Besitzer der neuen Wohnungen. Der Bezirksvorsteher von Liesing, Radfux, begrüßte die Festgäste. Dann sprach Stadtrat Thaller. Er führte u.a. aus:

"Eine der schrecklichsten Folgen des Krieges ist die Wohnungsnot. Zu ihrer erfolgreichen Bekämpfung gibt es nur einen sicheren Weg: den sozialen Wohnungsbau. Die Wohnungsnot besteht aber nicht nur in unserer Stadt und in unserer Republik, sondern in allen vom Krieg betroffenen Ländern. Es ist daher leicht, mit der Not der Menschen Demagogie zu treiben.

Nicht das Parteibuch führt die Entscheidung des Wohnungsamtes herbei, wenn es gilt neue Wohnungen zuzuweisen. Für das Wohnungsamt ist allein die Bedürftigkeit entscheidend. Zum Beweis dafür diene folgendes: Von den in den letzten Wochen erfolgten Wohnungszuweisungen entfielen 40 Prozent auf bevorstehende Räumungen wegen Dologierung, 20 Prozent auf Räumungen wegen Einsturzgefahr, 20 Prozent wegen Überbelages, 20 Prozent wegen Gesundheitsschädlichkeit der Wohnung.

Die Mehrheit der Gemeindeverwaltung hat für die nächste Periode des neu zu wählenden Gemeinderates ein großes Wohnbauprogramm in Aussicht genommen, das 15.000 neue Wohnungen umfassen soll. Ein solches Programm des sozialen Wohnungsbaues ist nur zu verwirklichen, wenn mit öffentlichen Mitteln gebaut wird. Bauten, die nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten hergestellt würden, ergäben ungeheuer hohe Mietzinse, die im Durchschnitt 400.- S monatlich betragen würden. Auch das Bauen mit Krediten ist unmöglich. Die heutige Gemeinderatsmehrheit lehnt dies zwar nicht grundsätzlich ab und würde auch, wenn es erforderlich ist, einen einmaligen großen Kredit für den sozialen Wohnungsbau aufnehmen. Auf die Dauer kann aber mit Krediten nicht gebaut werden.

Denn selbst bei einer nur 8prozentigen Tilgung und Verzinsung der Kredite wäre der soziale Wohnungsbau nach 12 $\frac{1}{2}$ Jahren unmöglich. Dann müßte ein ebenso hoher Betrag für Tilgung und Verzinsung ins Budget eingestellt werden, wie für den Bau von 3.000 neuen Wohnungen.

Schon heute ist das Bauprogramm der Gemeindeverwaltung umfangreich. 6.200 Wohnungen sind im Bau, zum kleineren Teil sind sie bereits fertiggestellt. Auf 94 Baustellen entstehen neue Wohnbauten der Gemeinde.

Eine davon ist auch die Siedlung Rodaun. Sie ist ein nationalsozialistisches Erbe, das wir hier übernommen haben. Auf den Gründen der Siedlung sollten Behelfswohnungen hergestellt werden. 56 waren zum Kriegsende fertig. Davon waren 40 unterkellert und 16 nicht unterkellerte, in einer Art von Baracken hergestellt.

Die Wohnungen haben ein sehr kleines Ausmaß von 29m² und bestehen aus Kammer, Küche und Vorraum. In dem Wohnbauprogramm der heutigen Gemeindeverwaltung kommt dieses Ausmaß auf einen Einzelraum. Neben den 56 fertigen Wohnungen, waren aber die Fundamente und die Grundmauern für weitere Wohnungen vorhanden. Es mußte also auf dem vorhandenen weitergebaut werden. Das war nicht mehr zu ändern. Wir haben uns jedoch bemüht, in diese Kleinstwohnungen nur mehr kleine Familien einzuweisen und größere Familien in die neu zu entstehenden, größeren Wohnungen umzusiedeln. Das Baulos I umfaßte 132 Wohnungen, das Baulos II wird 194 Wohnungen umfassen. Die Größe der neuen Wohnungen beträgt 38 - 40 m² und die Wohnungen bestehen nunmehr aus Wohnküche, Zimmer, Kabinett und Vorraum. In der Anlage sind weiter 3 Waschküchengebäude mit 24 Waschküchen, 20 Brausebäder gebaut und es werden auch 7 Geschäftslokale und vor allem ein Kindergarten hier noch entstehen.

Insgesamt wird die Anlage 326 Wohnungen umfassen. 200 Wohnungen sind bis heute vollkommen fertig und werden nunmehr zur Gänze besiedelt sein. Wir könnten noch weiter sein, wenn wir nicht durch einen starken Facharbeitermangel gehindert wären. Weitere 100 Wohnungen harren der Fertigstellung, 20 davon warten nur auf den Anstreicher. Das ist ein Zeichen dafür, dass mehr gar nicht geschehen könnte, als die Gemeinde heute auf dem Gebiet des Wohnungsbaues tut. Ich kann ihnen heute das Versprechen geben, daß die Mehrheit

der Gemeindeverwaltung dafür sorgen wird, daß immer mehr neue, schöne, sonnige, lichte Wohnungen gebaut werden; daß wir dafür sorgen werden, daß unser Wien ein modernes und freudigeres Bild erhält; daß wir dafür sorgen werden, daß die Menschen unserer Stadt froher und glücklicher werden!"

Bürgermeister Dr.h.c. Körner gab seiner Freude Ausdruck, an dieser Feier, die für ihn eine der schönsten ist, teilnehmen zu können. Die Familien, die heute ihre Einweisungsscheine bekommen, warten alle schon jahrelang auf ein menschenwürdiges Heim. Es gibt aber daneben noch immer plötzliche Notstandsfälle, die die Gemeinde vor unerwartete Aufgaben stellt. Gegenwärtig gibt es 150 Fälle von einsturzgefährdeten Wohnungen in Wien. Weitere 1.500 Fälle sind sehr dringend, weil sie vor der Delogierung stehen. Außerdem kommen immer wieder Transporte mit Repatrianten, die wir selbstverständlich aufnehmen müssen. Für diese plötzlichen Notstandsfälle, und nur für diese, müssen wir nun auch einige Baracken bauen, um sie vorübergehend dort unterzubringen, bis die anderen dringenden Fälle, die schon länger warten, mit Dauerwohnungen versorgt sind und dann auch diese Familien an die Reihe kommen können.

Dann übergab Stadtrat Thaller an die 40 Familien die Einweisungsscheine. Im Namen der Mieter dankte Franz Finke der Stadtverwaltung.

Die Verwaltungsabgabe bei Einbürgerungen

=====

Eine Wiener Tageszeitung beschäftigte sich heute mit den Gebühren, die Neueingebürgerte zu entrichten haben. Die in dieser Notiz aufgestellten Behauptungen und Schlußfolgerungen entsprechen in keiner Weise der Praxis des Wiener Magistrates. Nach den bestehenden Vorschriften beträgt die Einbürgerungsgebühr, die durch das Finanzamt für den Bund eingehoben wird, 2.000 Schilling, die Verwaltungsabgabe des Wiener Magistrates 1.000 Schilling. In sozial begründeten Fällen können bei beiden Gebühren Ermäßigungen gewährt werden. Von dieser Möglichkeit wird bei der Verwaltungsabgabe vom Wiener Magistrat weitgehend Gebrauch gemacht. Die Behauptung, daß nur Personen die weniger als 750 Schilling monat-

lich verdienen von der Gemeinde eine Ermäßigung gewährt wird, ist falsch. Eine Ermäßigung ist auch bei höherem Einkommen möglich.

Markenfreie Mahlzeiten in Gaststätten

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Das Bundesministerium für Volksernährung hat angeordnet, daß in Gaststätten, Werksküchen, Hotels und sonstigen Betrieben, in denen Speisen verabfolgt werden, ab Montag, den 3. Oktober, auch keine Fleischmarken mehr abzugeben sind. Damit ist allgemein die Markenpflicht in den angeführten Betrieben aufgehoben.

Die Gaststätteninhaber erhalten bei ihrer Verrechnungsstelle einen Bezugschein zum weiteren Fleischbezug nur dann, wenn sie die bis zum 2. Oktober eingenommenen Fleischmarken abrechnen. Sie erhalten darüber eine Bestätigung und gleichzeitig einen Bezugschein, der zum Fleischbezug für die kommende Woche (58/4) berechtigt.

Die Leitungen von Betriebsküchen haben der Verrechnungsstelle eine betriebsmäßig gezeichnete Standesmeldung vorzulegen und erhalten auf Grund dieser einen entsprechenden Bezugschein zum Fleischbezug für die kommende Woche.